Martin-Luther-Universität Halle
Sommersemester 2018
Seminar: 1968 an der MLU Halle
Seminarleiterin: Prof. Dr. Stephanie Middendorf
Verfasser: Jakob Elias Debelka
Abgabedatum: 17.09.2018

Repression und Alltag an einer „Problemfakultät“

Erfahrungen um 1968 an der Theologischen Fakultät Halle

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 1

2. Die Theologischen Fakultäten der DDR bis zum Ende der 60er 1

3. Das Jahr 1968 in der DDR 4

4. Die III. Hochschulreform an der Theologischen Fakultät Halle 6

5. Personalpolitik an der Theologischen Fakultät Halle und der Fall Bassarak 10

6. Auslandsbeziehungen der Theologischen Fakultät Halle 13

7. Fazit 14

8. Bibliographie 16

8.1. Primärquellen 16

8.2. Sekundärliteratur 16

1. Einleitung

Als religiöse Einrichtungen waren die Theologischen Fakultäten von vornherein Fremdkörper im Staatsapparat der atheistischen DDR. Da die evangelische Kirche in den 40ern noch über großen Rückhalt verfügte und zugleich mehrheitlich staatskritisch war, konnte die SED sie nicht offen bekämpfen, aber auch nicht einfach integrieren. Das mündete in einem komplexen und gerade aufseiten der Kirche von unterschiedlichen Phasen und äußeren Einflüssen geprägten Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Die Theologischen Fakultäten spielten dabei eine wichtige Rolle, da auf sie als staatliche Einrichtungen starker Einfluss genommen werden konnte, besonders zwischen 1958 und 1965. Regimetreue, sogenannte ›fortschrittliche‹ TheologInnen wurden gefördert, das Staatssekretariat bzw. ab 1967 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (SHF bzw. MHF) mischte sich dafür rigoros in die Besetzung der Professoren-, Dozenten- und Doktorandenstellen ein, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS häufig auch Stasi) lieferte die nötigen Informationen. Die verschiedenen staatlichen und politischen AkteurInnen und Akteursgruppen trieben dabei aber auch die eigenen machtpolitischen Ziele und nicht nur die Repression voran. Unterschiedliche Phasen müssen jedoch nicht nur für die Kirchengeschichte in der DDR, sondern genauso für die Fakultätspolitik betont werden. Die Situation als andauernde Unterdrückung zu beschreiben wäre eine allzu starke Vereinfachung.[1]

Dieser Beitrag soll zum einen als Versuch dienen, im Sinne einer Fallstudie mit der Theologischen Fakultät die Situation einer einzelnen Theologischen Fakultät in diesem System nachzuzeichnen, allerdings weniger die der Studierenden, sondern die des Kollegiums. Er soll zum anderen, ganz im Sinne dieses Blogs, feststellen, inwiefern diese Situation sich um 1968 veränderte, ob es hier eine Zäsur gab, und wie die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der DDR in den 60ern und die geschichtlichen Ereignisse des Jahres 1968 sich an dieser Fakultät niederschlugen. Die Situation der Fakultät soll also nicht für die gesamte Zeit der DDR generisch betrachtet werden, sondern die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte soll berücksichtigt und darum die Fakultät in einem bestimmten Zeitraum eingefangen werden. Als Quellen dienen verschiedene Bestände des Universitätsarchivs.

2. Die Theologischen Fakultäten der DDR bis zum Ende der 60er

In der Gründungsphase der DDR verstand die evangelische Kirche sich zunächst als Kritikerin der DDR und sah sich berufen bürgerliche Werte und persönliche Freiheiten zu verteidigen und

[1] Für den gesamten Abschnitt vgl. Friedemann Stengel: Die Theologischen Fakultäten in der DDR. Als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71, Leipzig 1998 u. Detlef Pollack u. Hedwig Richter: Protestantische Theologie und Politik in der DDR, Historische Zeitschrift 294 (2012), S. 687-719.

sich gegen den Staatssozialismus zu positionieren. Wichtig dafür war auch das zwar nicht völlig unzutreffende aber klar geschönte Bild der eigenen Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus.[2] Vor allem aber standen Theologie und atheistischer Staat von Beginn an in einem ideologischen Gegensatz, der hohe Status der Wissenschaften bei der SED kam ihr daher nicht zugute.[3] Da die DDR zu Beginn den Konflikt nicht wagen wollte und, wie bereits erwähnt, in Bezug auf die Fakultäten darum auch noch keine einheitliche Konzeption gefunden hatte, konnten die Theologischen Fakultäten zunächst relativ autonom agieren. Zu dieser Zeit boten die Fakultäten Raum für Unmutsbekundung, Protest und Diskussion. Es gab durchaus Bestrebungen die Theologischen Fakultäten aufzulösen oder in religionswissenschaftliche Fakultäten umzuwandeln und es kam immerhin zur Umwandlung einiger Fakultäten in sogenannte kirchliche Hochschulen, auch personelle Eingriffe gab es im Zuge der staatlichen Entnazifierung direkt nach 1945.[4] Eine Intensivierung der staatlichen Repression gegenüber Kirchen und Fakultäten erfolgte jedoch erst in der Phase von 1955 bis 1958, parallel zum allgemeinen kulturellen Kahlschlag.[5]
Die Verfestigung der Gräben zwischen Ost und West in den 50ern und das Ende der Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung führten in Kirche und Theologie zu einem Umdenken, Fundamentalopposition schien in Anbetracht der zunehmend umfassenden staatlichen Kontrolle kein gangbarer Weg mehr zu sein. Verschärfend kam in den 50ern eine Reihe von Repressionen gegen Christen und Kirche hinzu, die Schließung von Einrichtungen, die Bekämpfung von Jugendorganisationen als antisozialistisch und staatsfeindlich, die Zwangsexmatrikulation tausender Studenten.[6] Höhepunkt war ab 1958 der Konflikt um die Jugendweihe. Als die Christen in der DDR vor die Wahl gestellt wurde, ihre Kinder entweder dieser staatlichen Zeremonie zu unterziehen oder ihnen langfristige Benachteiligungen aufzubürden, entschied die Mehrheit sich für ersteres.[7] In der Fakultätspolitik entwickelte sich nun die in der Einleitung skizzierte Repression in Personalfragen. Die Beziehungen ins Ausland wurden überwacht und 1958 wurde der gesamtdeutsche Evangelische Fakultätentag zerschlagen;[8] nicht nur die Fakultäten, auch die Studentengemeinden kamen ins Blickfeld der ›konzertierte *Aktion*‹ zur Befreiung der

[2] Vgl. Pollack u. Richter: Theologie, S. 691.
[3] Vgl. Dietrich Mühlberg, Wann war 68 im Osten? Oder: Wer waren die 68er im Osten, in: Berliner Blätter 18 (1999), S. 49f.
[4] Vgl. Stengel: Fakultäten S. 15f. u. S. 71-98. Diese kirchlichen Hochschulen wurden sowohl als Delegitimierung als auch als Garanten einer gewissen Autonomie der Theologie gesehen und waren darum bei MHF, ZK, Kirchen und TheologInnen sehr umstritten. Zur Entnazifizierung vgl. Friedemann Stengel: Entnazifizierung und Neuaufbau der Theologischen Fakultät Halle 1945-1950, in: Rupierer, Hermann-J. (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502-2002, S. 557f.
[5] Vgl. Mühlberg: Wann, S. 46-48.
[6] Vgl. Friedemann Stengel: Partizipation an der Macht. Zur Motivlage Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, in: ZThK 106 (2009), S. 410f.
[7] Vgl. Pollack u. Richter: Theologie, S. 695.
[8] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 295-299.

Universitäten von ›reaktionären‹ Einflüssen.[9] In einem der umfangreichsten Verfahren wurde in Halle zu dieser Zeit der theologische ››Spiritus-Kreis‹‹ zerschlagen.[10] Die Situation der zunehmenden Isolation, Macht- und Ausweglosigkeit leitete bei den TheologInnen ein Umdenken ein: es wurden Anpassungstrategien gesucht, um Wege der Koexistenz mit dem DDR-Staat zu finden. 1958 führte das zu einer von der Berliner Fakultät ausgehenden und letztendlich von allen Fakultäten (wenn auch in Halle nach intensiver Diskussion und mit einigen Änderungen) verabschiedeten Erklärung. Die Fakultäten stellten sich in dieser nicht bedingungslos hinter den Staatssozialismus der DDR, aber sie bestätigten deren prinzipielle Rechtmäßigkeit und forderten dazu auf, sie im Rahmen des eigenen Gewissens zu unterstützen. Der atheistische Staat und die christlichen Fakultäten standen sich nun zumindest nach außen hin in distanzierter Zustimmung gegenüber, eigentlich ging die Erklärung jedoch der SED-Spitze nicht weit genug und vielen kritischen TheologInnen und Studierenden zu weit.[11]

Tatsächlich erreichten die staatlichen Eingriffe in die Fakultäten erst danach ihren Höhepunkt, in der Phase von 1958 bis 1965. Vorangetrieben wurden sie vor allem von der für Theologie zuständigen Hauptreferentin Friederun Fessen, die als Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) „Irene" bereits während ihres Theologiestudiums für das MfS gearbeitet hatte und als Referentin dessen Einfluss auf die Fakultätspolitik stärkte. Friedemann Stengel schildert in seinen Studien detailliert, wie in diesen sieben Jahren die Kollegien der Fakultäten umgestaltet wurden. Neubesetzungen mussten von Fessen bestätigt werden, die in Zusammenarbeit mit dem MfS alle potenziell staatskritischen Personalien ablehnte und versuchte den Fakultäten stattdessen systematisch weitere IMs und ›fortschrittliche‹ TheologInnen aufzuzwingen. Immer wieder führte das zu einem regelrechten Tauziehen, bei dem die Fakultäten immer wieder die gleichen Kandidaten vorschlugen oder sich zumindest nicht auf Fessens Gegenvorschläge einließen, doch meistens konnte sich das SHF durchsetzen. Gegen bereits angestellte ProfessorInnen und DozentInnen leitete das MfS eine Reihe von Verfahren ein, die zu einer weiteren Ausdünnung der Reihen der staatsfernen TheologInnen führte. Ebenso wurde versucht den Einfluss von sozialistischen WissenschaftlerInnen aus anderen Bereichen zu stärken, indem ihnen die Lehrtätigkeit in verschiedenen Randgebieten wie z.B. Kirchenrecht übertragen wurde. Insgesamt gelang es in dieser Zeit vielerorts die ›fortschrittliche‹ Theologie zu stärken und das staatskritische Potential

[9] Vgl. Stengel: Entnazifizierung S. 558.
[10] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 260-294.
[11] Vgl. Pollack u. Richter: Theologie, S. 716f.; Stengel: Fakultäten, S. 99-110 u. 295-309.

der Theologie zu reduzieren, am wenigsten erfolgreich war der Versuch, die FDJ als Studentenvertretung zu etablieren, sie hatte an keiner Fakultät starken Rückhalt.[12]

Weniger wichtig wurde die Bekämpfung der Auslandsbeziehungen, da sich nun in der Ökumenischen Bewegung ein ausländischer Einfluss herausbildete, der sich im Sinne der DDR-Führung auswirkte. Im westlichen Ausland bildete sich ein ›Säkularökumenismus‹ heraus, der sich am Sozialismus orientierte, sich für die Studentenbewegung begeisterte, jeglichen Missionsbegriff ablehnte, sich gegen die kapitalistische Ordnung wandte und nach den bisherigen Forschungsergebnissen in der DDR auf eine Weise rezipiert und aufgenommen wurde, die die ›fortschrittliche‹ Theologie stärkte.[13] In den 60ern konnte außerdem gerade der wissenschaftliche Nachwuchs an der Gestaltung der neuen politischen Kultur der DDR mitwirken und die Generation der in der DDR aufgewachsenen drängte nach vorne. Loyalität zum Regime bedeutete nicht einfach Unterwerfung, sondern auch Freiheit beim Ausfüllen der Leere, die der Kahlschlag der 50er hinterlassen hatte.[14] Unterdrückung, Eingriffe in die Personalpolitik, Gestaltungs- und Aufstiegschancen, die Eindeutigkeit der Machtverhältnisse, die jüngeren von der DDR geprägten Generationen sowie die neue ökumenische Bewegung als Vorwand aber auch neuer theologischer Anreiz stärkten in dieser Phase die ›fortschrittliche‹ Theologie.[15] 1965 brachte dann der personelle Wechsel von Friederun Fessen zu Siegfried Schneider, und der damit sinkende Einfluss des MfS, eine Entspannung in der Fakultätspolitik.[16] Während im Allgemeinen die Repressionen nach dem Mauerbau 1961 zurückgegangen waren, und in der Jugendkultur tatsächlich 1965 bereits wieder zunahmen,[17] hatte die Personalie Fessen dazu beigetragen, dass diese repressive Phase im Bereich der Hochschultheologie bis 1965 andauerte.

3. Das Jahr 1968 in der DDR

Es gab also Ende der 60er im wissenschaftlichen Bereich durchaus eine Identifikation mit der DDR, es gab gewisse Freiheiten, wenn auch im Bereich der Jugendkultur bereits wieder Unterdrückung einsetzte, und es gab insgesamt wieder eine relative Autonomie an den Theologischen

[12] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 340-470 zur Personalpolitik; ebd. S. 477-514 zu Verfahren gegen Lehrende; ebd. S. 517-522 zur FDJ an Theologischen Fakultäten.

[13] Vgl. Pollack u. Richter: Theologie, S. 702f. u. Peer Pasternack: Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster, in: Hg. DDR-bezogene Hochschulforschung? Ort 2016, S. 226f.

[14] Vgl. Mühlberg: Wann, S. 54-57 u. Matthias Middell: 1968 in der DDR. Das Beispiel der Hochschulreform, in: Etienne François u.a. (Hg.): 1968. Ein europäisches Jahr, Leipzig 1997, S. 125-146.

[15] Hierin sehen Pollack und Richter auch für die DDR-Zeit insgesamt die wesentlichen Faktoren für das Ausbleiben einer noch stärkeren Opposition der evangelischen Kirche gegen die DDR, vgl. Pollack u Richter S. 716-719.

[16] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 581-583.

[17] Vgl. Marc-Dietrich Ohse, „Keinen Dubček, keinen Ulbricht“. 1968 und die Jugend in der DDR, in: Angelika Ebbinghaus (Hg.), Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, S. 171-173.

Fakultäten. Während nun 1968 in der Bundesrepublik zumindest im Nachhinein zu einem Jahr der Emanzipation der Jugend oder der Opposition wurde, war die Entwicklung in der DDR eine andere. Zwar sieht Ilko-Sascha Kowalczuk in den Entwicklungen des Jahres 1968 in der DDR einen Vorboten und auch eine Grundlage der friedlichen Revolution von 1989,[18] doch insgesamt brachte dieses Jahr vor allem Erfahrungen des ausgebliebenen Aufbruchs und der Übermacht des Staates mit sich. Drei Ereignisse prägten dabei die Erfahrung von 1968 in der DDR: die III. Hochschulreform, die neue Verfassung und der Prager Frühling. Als wichtigstes Ereignis wird zumeist die Niederschlagung des Prager Frühlings angesehen. Unter dem neuen Regierungschef Dubček entstand im Prager Frühling in der Tschechoslowakei ein ›Sozialismus mit menschlichem Antlitz‹, so das Schlagwort, der bei den Bürgern der DDR viele Hoffnungen weckte, die mit seiner Niederschlagung wieder enttäuscht wurden. Eine richtige öffentliche Debatte über diesen militärischen Übergriff gab es nicht, die Regierung rechtfertigte ihn, die akademischen Gremien stimmten zu. Doch es gab einiges an Protest, vor allem vonseiten der jungen, männlichen Arbeiterschaft. [19] In der Theologie führten ebenfalls einige Studierende Protestaktionen durch, doch von den Lehrenden äußerten sich nur die ›fortschrittlichen‹ Theologen, die das militärische Vorgehen verteidigten. Von staatlicher Seite wurde allerdings unter den Universitätstheologen durchaus eine starke Opposition gegen den Einmarsch festgestellt, die sich unter anderem an den Austritten aus der staatstreuen und den Einmarsch rechtfertigenden Christlichen Friedenskonferenz erkennen ließ.[20]

Die neue im April 1968 beschlossene Verfassung wiederum beförderte die repressive Politik der DDR, indem sie die ideologische Ausrichtung der Bürger noch mehr in den Mittelpunkt rückte. In der Opposition wurde sie als wirkliche Zäsur empfunden, auch wenn sie in gewissen Bereichen durchaus Modernisierungen mit sich brachte. Einschneidend für die Theologie war der Rechtsverlust, den die Verfassung für die Kirchen mit sich brachte. Zuvor war im Januar durch ein neues Strafgesetzbuch bereits das politische Strafrecht verschärft worden. In den Theologischen Fakultäten in Berlin, Leipzig, Jena und Greifswald löste die Verfassung bei Lehrenden und Studierenden scharfe Reaktionen aus, es kam zu Protestaktionen und es entstand ein Arbeitskreis staatsferner Studierender, der jedoch schnell vom MfS zerschlagen wurde.[21]

---

[18] Ilko-Sascha Kowalczuk, „Wer sich nicht in Gefahr begibt …“. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition, in: Klaus Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 268-274.

[19] Vgl. Ohse: Dubček, S. 175f.; Dorothee Wierling: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002, S. 309-314; Hartmut Zwahr, Rok šedesatý osmý: Das Jahr 1968. Zeitgenössische Texte und Kommentare, in: Etienne François u.a. (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 111-123.

[20] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 596f.

[21] Vgl. Ohse: Dubček, S. 171 u. 175f.; Stengel: Fakultäten, S. 595f.

Darüber was Prager Frühling und die neue Verfassung an der Fakultät Halle auslösten, lässt sich aus den vorliegenden Quellen wenig rekonstruieren, eventuell werden hier zukünftige Recherchen in den Unterlagen der BStU genaueren Aufschluss ermöglichen. Der Prorektor der Universität wurde von der Theologischen Fakultät ins Professorenkolloquium eingeladen, um dort über Probleme der neuen Verfassung zu sprechen; diese wurde also zumindest nicht widerspruchlos hingenommen.[22] Offenen Protest gab es jedoch nicht. Auch die Entwicklung im Westen wurde von AkteurInnen der Fakultät nicht öffentlich kommentiert; große Auswirkungen hatte allerdings die III. Hochschulreform.

4. Die III. Hochschulreform an der Theologischen Fakultät Halle

Die III. Hochschulreform sollte den Höhepunkt der Umgestaltung der Universitäten in der DDR werden. Ihr Ziel war erstens die Umwandlung der Fakultäten in die weniger eigenständigen Sektionen, zweitens die Ideologisierung der Lehrenden und Studierenden, die Aussiebung der staatsfernen Personen und die Steigerung des prostaatlichen Engagements, sowie drittens die Effektivierung und Ökonomisierung des Studiums und des Hochschullebens. Offiziell sollte sie, ganz nach dem Selbstverständnis der DDR, von allen gemeinsam und demokratisch gestaltet werden. In der Realität waren Engagement und Mitarbeit von oben aufgezwungen und die Ziele und die Form der III. Hochschulreform im Wesentlichen bereits vorgegeben.[23] Es gab Diskussionen im MHF, an denen aber auch viele Parteifunktionäre und das Zentralkomitee (ZK) beteiligt waren, ob und wie die Theologie in die III. Hochschulreform miteinbezogen werden sollte. Das hing mit dem Sonderstatus der Theologie an den sozialistischen Universitäten zusammen. Durchlief die Theologie die Hochschulreform, so musste sie danach als sozialistisch und staatstreu gelten, doch dann hätte man die besondere Repression der Theologie und der Kirchen kaum noch rechtfertigen können. Zugleich gab es das Ziel die Fakultäten noch weiter in Richtung ›fortschrittliche‹ Theologie zu bringen, weswegen viele staatliche AkteurInnen nicht auf die Miteinbeziehung verzichten wollten. Letztlich wurde erst Anfang 1968 entschieden die Hochschulreform in der Theologie durchzuführen, aber dabei eine gewisse Sonderstellung der Theologie beizubehalten deren genaue Form jedoch erst 1969 festgelegt werden sollte.[24] Letztlich prägte die Reform das gesamte Studienjahr 1968 an der Universität Halle und an der Theologischen Fakultät.

[22] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1224 Protokoll der Fakultätsratssitzung des 14.12.1967, Abschrift vom 03.01.1968.
[23] Vgl. Middell: Hochschulreform.
[24] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 638-641. Auf S. 642-652 wird dann der Ablauf der Diskussionen um die zukünftige Form der Hochschultheologie rekonstruiert.

Im Jahr zuvor hatte bereits eine Rationalisierungskonferenz an der Uni Halle stattgefunden, bei der es um Ökonomisierung im Sinne der Hochschulreform gegangen war. Im Universitätskonzil vom 13.06.1968 war sie ebenfalls das Hauptthema und am 10.07. kam Kurt Hager, ZK-Mitglied und Vorsitzender des Volksbildungsausschusses nach Halle, um über die Reform zu reden. An der Theologischen Fakultät wurden Arbeitsgruppen aus Studierenden, Lehrkräften und AssistentInnen gebildet und die Reform, bzw. die mit ihr verbundenen Veranstaltungen, wurde zum Dauerthema bei den Sitzungen des Fakultätsrates.[25] Besonders der Studentenwettstreit wurde vorangetrieben, er sollte das Engagement und die Leistungsfähigkeit der Studenten nach außen präsentieren. Tatsächlich gelang es in diesem Jahr mehr Studierende der Theologie in den Wettstreit einzubringen als zuvor, was der die Theologie beim Universitätskonzil vertretende Dozent auch betonte, um seine Fakultät zu rechtfertigen.[26] Allerdings war die Anzahl der am Studentenwettstreit beteiligten TheologInnen zwar im Vergleich zum Vorjahr erhöht, jedoch gegenüber anderen Fakultäten immer noch sehr niedrig.[27] Die verschiedenen Veranstaltungen zwangen die Fakultäten immer wieder neu Rechenschaft über ihre Fortschritte bei der Umsetzung der Reform abzulegen und damit indirekt auch dazu, die Hochschulreform weiter voranzutreiben. Sie dienten also als eine Art Kontrollinstrument. Genau wie Rechenschaft über den Studentenwettstreit abgelegt wurde, so wurden beim Konzil auch die Verbesserung der studentischen Betreuung und die Erhöhung der Effizienz des Studiums betont.[28] Ratsprotokolle belegen die Beteiligung der Studierenden an der Reform, wobei die Relevanz dieser Mitwirkung nicht mehr nachvollzogen werden kann.[29]

Doch hinter der vom Veranstaltungskalender aufrechterhaltenen Kulisse des Fortschritts und der Reflexion gab es in der Theologie viele Konflikte um die Reform. Das fing bei der Ökonomisierung des Studiums an: auf Initiative des Berliner Dekans entstand eine ausführliche Stellungnahme gegen die angedachte Verkürzung des Studiums auf vier Jahre, hinter die sich auch die Fakultät Halle stellte.[30] Auch die Betreuung und Erhöhung des ›Engagements‹, womit auch die Ideologisierung der Studenten gemeint war, stieß auf Widerstand. Zwar führte Dekan Prof. Dr. Gerhard Wallis in einem im Vorfeld des Konzils von 1968 entstandenen Schreiben aus,

[25] Vgl. z.B. UAHW, Rep. 7, Nr. 1224, Protokoll der Fakultätsratssitzung des 12.10.1967; ebd. Protokoll der Fakultätsratssitzung des 27.06.1968, Abschrift vom 05.07.1968; ebd. Protokoll der Fakultätsratssitzung des 14.12.1968, Abschrift vom 19.12.1968.
[26] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1263, Diskussionsbeitrag Herr Dozent Dr. Hans-Jürgen Zobel, Abschrift vom 17.07.1968.
[27] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1247, Abschlussbericht des Studentenwettstreits 1968, S. 11.
[28] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1263, Diskussionsbeitrag Herr Dozent Dr. Hans-Jürgen Zobel, Abschrift vom 17.07.1968.
[29] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1224, Protokoll der Fakultätsratssitzung des 14.12.1968, Abschrift vom 14.12.1968.
[30] Vgl. UAHW, Rep. 27, Nr. 301, Kopie des Briefes des Dekans der HU an die Dekane der Theologischen Fakultäten vom 20.02.1968; ebd. Kopie des Briefes des Dekans in Halle an den Dekan der HU vom 26.03.1968.

man müsse versuchen, „Das studentische Engagement […] das […] nicht nur auf die von sich aus Interessierten beschränkt bleiben darf“[31] zu erhöhen. Doch im gleichen Schreiben ergänzte er auch, die Betreuung dürfe „keinesfalls in eine Bevormundung oder Gängelung“[32] münden, eine merkwürdige Formulierung, falls es hier wirklich nur um Hilfe beim Graecum ging.[33] Vermutlich stellte sich der Dekan damit auch gegen eine erzwungene Ideologisierung der Studierenden - einer der Hinweise, dass es sich bei den im Zuge der III. Hochschulreform auftretenden Konflikten zwischen Fakultät und MHF um mehr als bloße Uneinigkeiten bei der Umsetzung handelte.

Sehr aufschlussreich ist eine auf diesem Blog veröffentlichte Aktennotiz zu einer Aussprache über die III. Hochschulreform, die Ende 1968 zwischen dem stellvertretenden Minister des MHF, dem zuständigen Hauptreferenten Schneider und einigen leitenden Akteuren der Fakultät stattfand.[34] Die erste Forderung, die in diesem Treffen an die Fakultät gerichtet wurde, war die Erhöhung des „Staatsbewußtseins“[35] der Studenten und auch der Lehrkräfte.[36] In diesem Zusammenhang wurde auch das Fehlen einer FDJ-Gruppe an der Fakultät bemängelt, deren Bildung zwei Wochen später erneut vom MHF gefordert wurde.[37] Auch wurde betont, dass als studentische Vertreter des nun demokratischer strukturierten Sektionsrats nur Mitglieder der FDJ geduldet werden würden. Dieser Versuch, die FDJ an der Fakultät zu stärken, muss auch als Schritt zur Intensivierung der staatlichen Überwachung verstanden werden, denn bei der Repression und Überwachung der Studenten spielte die FDJ zumeist eine wichtigere Rolle als das MfS.[38] Die Umverteilung der Kompetenz bei Habilitationen und Promotionen sollte ebenfalls die Staatstreue der neuen Theologengeneration garantieren.[39] Zugleich hing sie mit der Forderung zusammen, die Fakultät mehr in die Universität einzugliedern, und ihr im Zuge ihrer Umwandlung in eine Sektion, noch mehr von ihrer Autonomie zu nehmen. Die Sektionen sollten weniger eigenständig sein als die Fakultäten, es sollte eine Einheit der

[31] UAHW, Rep. 7, Nr. 1263, Brief des Dekans an den Rektor vom 23.5.1968, S. 2.
[32] Ebd. S. 1.
[33] Als Hauptvorschlag war an die Theologische Fakultät im Zuge der Rationalisierungskonferenz die Verbesserung des Sprachunterrichts ergangen, vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1265, Bericht des Vorsitzenden der Rationalisierungskommission, S. 7.
[34] Für diesen und den nächsten Absatz vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1224, Aktennotiz über Aussprache am 21.11.1968.
[35] UAHW, Rep. 7, Nr. 1224, Aktennotiz über Aussprache am 21.11.1968.
[36] In einem Brief vom Mai 1968 wurde von Seiten des Rektorats eine marxistisch-leninistische Weiterbildung der Lehrkräfte für erfolgreich, aber noch nicht ausreichend befunden, vgl. UAHW, Rep. 27, Nr. 309, Brief von Prof. Dr. Tillmann an den Dekan vom 20.05.1968, Original.
[37] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1224, Brief des Stellvertretenden Ministers des MHFs vom 06.12.1968, Kopie vom 09.12.1968.
[38] Vgl. Rainer Eckert, Mechthild Günther u. Stefan Wolle: “Klassengegner gelungen einzudringen…“. Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1993), S. 199.
[39] Vgl. Wierling: Geboren, S. 302f.

Gesellschaftswissenschaften geschaffen werden, die Lehrenden sollten auf gemeinsame Kolloquien gehen. Forschung und Lehre sollten interdisziplinärer werden, aber es ging auch darum, alle Bereiche noch stärker mit marxistischen Inhalten zu durchsetzen.[40]

An diesen Kern der stärkeren Durchsetzung der Fakultät bzw. Sektion mit der staatlichen Ideologie knüpft weiterer Themenkomplex aus der Aussprache an. Die in der Hochschulreform geforderte Praxisnähe der Sektionen war in Bezug auf die Theologie aus staatlicher Sicht problematisch. Da die meisten TheologInnen im kirchlichen Bereich landeten, hätte sie eigentlich engere Zusammenarbeit mit und darum mehr Einfluss der Kirchen auf das Studium bedeuten müssen. Stattdessen wurde gefordert, dass als Praxispartner nur Mitarbeiter der staatlichen Organe für Kirchenfragen ausgesucht werden sollte und dass die Universitätstheologie darauf hinarbeiten sollte mehr Einfluss auf die Kirchen auszuüben. Von Praxisnähe im eigentlichen Sinne kann hier keine Rede mehr sein, dass es letztendlich erneut um ideologische Fragen ging, zeigt die Forderung, die staatlichen Hochschulen müssten ihre Bedeutung gegenüber den kirchlichen stärken. Diese waren Anfang 50er mit dem Ziel der Delegitimation der Theologie als wissenschaftliche Disziplin entstanden (siehe Kapitel 2), waren aber im Zuge der zunehmenden staatlichen Kontrolle über die Theologischen Fakultäten zu alternativen theologischen Ausbildungsstätten mit geringeren staatlichen Einflussmöglichkeiten geworden.

Diesem Konglomerat an Forderungen kam die Theologische Fakultät aus Sicht des Ministeriums nicht in ausreichendem Maße nach. Anfang ’69 erklärte der stellvertretende Minister, vermutlich erneut im vertraulichen Gespräch, dass die Fakultät sich die Umgestaltung in eine Sektion erst „verdienen“ müsse und dass „grundlegende Veränderungen“[41] zu vollziehen seien. Dass das entscheidende Problem nicht die fehlende Effizienz des Studiums war, haben die letzten Seiten gezeigt. Die Kernanliegen des MHFs, wie sie in der Aussprache sichtbar werden und wie sie bereits von Stengel für die Theologischen Fakultäten herausgearbeitet wurden, kulminierten in der staatssozialistischen Durchsetzung der Wissenschaft und in der Ideologisierung und Herausbildung des erwünschten „Staatsbewußtseins“ bei Studierenden und Lehrenden.[42] In diesen Punkten leistete die Fakultät Widerstand.

Soweit die Momentaufnahme Ende der 60er. Bei einem Treffen von Kirchenleuten und hallischen TheologInnen 1970, die Reform war größtenteils abgeschlossen, wurde ihr Ausgang an der Fakultät Halle von den Anwesenden sehr positiv bewertet. Während es an anderen

[40] Vgl. Middel: Hochschulreform, S. 137-139 u. UAHW, Rep. 27, Nr. 309, Zur marxistisch-leninistischen Bildung der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität im Studienjahr 1967/68.

[41] UAHW, Rep. 7, Nr. 1224 Aktenvermerk vom 10.01.1969.

[42] Zitat siehe Fußnote 35, vgl. außerdem Stengel: Fakultäten, S. 652.

Theologischen Fakultäten zu mehr Repression und zum Siegeszug der ›fortschrittlichen‹ Theologie gekommen war, hatte Halle die staatlichen Einflüsse relativ stark begrenzen können. Halle war in dem Sinne eine ›reaktionäre‹ Fakultät, die sich zumindest bis in die 70er Jahre deutlich weniger staatstreu gab als die meisten anderen Theologischen Fakultäten der DDR. Hier darf allerdings auch kein vollkommener Antagonismus zwischen der ›reaktionärer‹ Fakultät Halle und den ›fortschrittlichen‹ Fakultäten angenommen werden, wie zum Beispiel die Kooperation in der Frage der Studienzeit zeigt.[43]

Als Hauptgrund für den Verlauf der III. Hochschulreform an der Fakultät sah Dekan Wallis die besondere Geschlossenheit von Lehrenden, Studierenden und kirchlicher Praxis.[44] Dies war eine paradoxe Parallele zur Konzeption der Hochschulreform, wenn es sich hierbei auch nicht um von oben angeordnetes Engagement handelte. Während die III. Hochschulreform sonst durch die angebliche Mitwirkung die oppositionellen Kräfte miteinspannte und damit schwächte,[45] gelang es an der Fakultät tatsächlich die bis dahin verteidigte akademische Freiheit größtenteils weiter zu erhalten.

5. Personalpolitik an der Theologischen Fakultät Halle und der Fall Bassarak

In der Neubesetzung der Lehrstellen hatte der Abgang Fessens den Fakultäten mehr Autonomie gebracht. Zuvor war es in Halle, wie in vielen anderen Fakultäten auch, zu diversen Konflikten gekommen. Zwar war es dem MfS in dieser Zeit gelungen 1963 den staatstreuen Theologen Wolfgang Wiefel zum Dozenten zu machen, der früher bereits als IM tätig gewesen war. Doch in Halle fügte Wiefel sich relativ bald in das existierende Kollegium ein, positionierte sich weniger klar auf Seiten des Staates, integrierte sich zunehmend in kirchliche Kontexte[46] und verweigerte auf eine Anfrage im Jahr 1969 sehr eindeutig eine erneute Zusammenarbeit mit dem MfS.[47] Einziger nachgewiesener Mitarbeiter des MfS im Kollegium war Werner Prokoph, der als GI (Geheimer Informator) ››Kurt‹‹ Berichte schrieb.[48] Die Fakultät Halle hatte das Glück gehabt ihre große Emeritierungswelle 1966 in der relativ einmischungsfreien Phase zu erleben, das erlaubte ihr, die Ränge der Fakultät größtenteils autonom aufzufüllen.[49] Konflikte blieben

[43] Vgl. UAHW, Rep. 27, Nr. 301, Kopie des Briefes des Dekans der HU an die Dekane der Theologischen Fakultäten vom 20.02.1968; ebd. Kopie des Briefes des Dekans in Halle an den Dekan der HU vom 26.03.1968.
[44] Stengel: Fakultäten, S. 653f. Dies stimmt auch Christian Stephans Urteil über Wallis als Dekan überein, vgl. Christian Stephan: Die stumme Fakultät, Biographische Beiträge zur Geschichte der Theologischen Fakultät der Universität Halle, Dössel 2005, S. 251.
[45] Middell: Hochschulreform, S. 144f.
[46] Vgl. Stephan: Fakultät, S. 162f.
[47] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 414-416. Zwang war nur selten ein Grund für Mitarbeit beim MfS, in den meisten Fällen war es möglich sich zu verweigern, ohne Karriere oder gar Freiheit grundlegend zu gefährden, vgl. Stengel: Partizipation, S. 431f.
[48] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 587.
[49] Vgl. ebd. S. 582f.

jedoch auch in dieser Phase nicht völlig aus. So wurden 1967 mehrere Vorschläge der Fakultät für eine Dozenten- und eine Professorenstelle abgelehnt.[50] Insgesamt lässt sich für Halle ab Ende 1967 eine erneute leichte Intensivierung der Einmischung des MHF in die Personalpolitik feststellen. Stengel nimmt für die Fakultäten der DDR insgesamt allerdings nichts Vergleichbares an – ein klarer Zusammenhang mit der zu dieser Zeit Fahrt aufnehmenden III. Hochschulreform lässt sich folglich nicht herstellen.

Der interessanteste Aspekt der Personalpolitik Ende der 60er dürfte die Professur Gerhard Bassaraks sein, dessen Vorgänger der Missionstheologe Arno Lehmann gewesen war.

Während die Ökumenik sich in der DDR zur antikapitalistischen, staatstreuen und staatssozialistischen Theologie-Disziplin schlechthin entwickelt hatte, die durch die III. Hochschulreform ausgebaut und gestärkt wurde,[51] wurde die Missionswissenschaft von staatlicher Seite sehr kritisch gesehen. Mission in der DDR und damit Bekehrung der eigenen atheistischen Bürger zum Christentum war von Seiten der SED mit Sicherheit nicht erwünscht, auch galt die Mission als Teil der unterdrückerischen kapitalistischen Strukturen und als ein wichtiger Faktor, wieso es in Südamerika nicht zu einem Siegeszug des Kommunismus gekommen war. Außerdem war die Ökumenik zunächst eine Alternative zur Mission. Letztere zu zerschlagen, musste folglich Erste stärken. Infolgedessen wurde die Missionswissenschaft in der DDR so weit wie möglich abgebaut, nur Arno Lehmanns Professur in Halle konnte sich halten. Zu Konflikten zwischen Lehmann und diversen staatlichen Organen kam es dabei regelmäßig. Auch sonst war Lehmann ein Kritiker wenn auch nicht offener Gegner des Systems. Er hatte einen starken Einfluss auf die Fakultät insgesamt, war zeitweilig Dekan, und lehrte in Halle auch noch nach seiner Emeritierung. Hauptsächlich hatte Lehmann den Erhalt der Missionswissenschaft angestrebt, wobei auch er sich von ihrer ursprünglichen Bedeutung löste und sie eher als Kunde der verschiedenen christlichen Konfessionen und Frömmigkeitsformen, gerade außerhalb Europas und der USA, und der weltweiten Religionen betrieb. Diese Feinheiten spielten jedoch für die staatlichen Behörden, die im Kampf gegen die Missionswissenschaft die ›fortschrittliche‹ Theologie stärken wollten, keine große Rolle.[52]

Im Zuge der Emeritierungswelle 1966 schied Lehmann aus, in Bezug auf seine Professur konnte die Fakultät die Nachbesetzung allerdings nicht mit der gleichen Autonomie vornehmen, mit

---

[50] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1224 ebd. Protokoll der Fakultätsratssitzung des 22.06.1967, Original; Protokoll der Fakultätsratssitzung des 11.09.1967, Original; ebd. Protokoll der Fakultätsratssitzung des 14.12.1967, Abschrift vom 03.01.1968.

[51] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 655f.

[52] Für den gesamten Absatz vgl. Helmut Obst: Arno Lehmann und der Kampf um die Missionswissenschaft an Theologischen Fakultäten der DDR, in: Dieter Becker u. Andreas Feldtkeller (Hg.): Es begann in Halle… Missionswissenschaft von Gustav Warneck bis heute, Erlangen 1997, S. 168-178; Pollack u. Richter: Theologie, S. 708f.; Stephan: Fakultät, S. 133-136 u. Stengel: Fakultäten, S. 471-477.

der dies bei anderen Lehrstühlen möglich gewesen war. Die Professur sollte an die Fakultät in Berlin überführt werden und dort an Gerhard Bassarak fallen. Bassarak war ein entschiedener Vertreter der ›fortschrittlichen‹ Theologie und arbeitete als IM ››Buss‹‹ für das MfS.[53] Unter seiner Leitung sollte in Berlin ein ökumenisches Institut entstehen, was allerdings an Grabenkämpfen zwischen den ›fortschrittlichen‹ Theologen in Berlin scheiterte. Da Bassarak nun zunächst nicht Professor in Berlin werden konnte, kam er nach Halle. Befragt wurde die Fakultät dazu nicht, nicht einmal wirklich informiert: Dekan Gerhard Wallis erfuhr von der Berufung zunächst aus der Zeitung, eine offizielle Benachrichtigung erfolgte erst nachträglich – ein in dieser Phase beispielloser Vorgang.[54] Vermutlich war dem MHF klar, dass Halle den staatstreuen Bassarak nicht akzeptiert hätte, letztendlich musste die Fakultät ihn auch nicht wirklich akzeptieren, denn Bassarak war zwar pro forma von 1967–1969 Professor in Halle, lehrte bzw. arbeitete jedoch de facto nie an der Fakultät.[55]

Einiges an diesem Vorgang bleibt im Dunkeln, manches lässt sich jedoch rekonstruieren. Da die Professur aufgrund der dortigen internen Streitigkeiten nicht nach Berlin verlegt werden konnte, musste Bassarak sie in Halle antreten. Hätte er das nicht getan, so wäre sie anderweitig besetzt worden und eine Umwandlung einer anderen Professur in eine für Ökumenik wäre nur schwer zu rechtfertigen gewesen, da die Professuren für Theologie zumeist auf das für den Studiengang zwingend Notwendige reduziert worden waren. Die Schaffung einer zusätzlichen theologischen Professur konnte wiederum nicht im Interesse der DDR sein, egal wie loyal diese zunächst besetzt sein würde. Bassarak musste also die Professur annehmen und konnte nicht einfach warten. Unklar bleibt, wieso er sie nicht wahrnahm. Eberhard Winkler, der Ende der 60er Dozent in Halle war, bestätigte mir schriftlich, dass Bassarak in der Fakultät nicht erwünscht war, aber auch selbst kein Interesse zeigte, nach Halle zu kommen.[56] Mit Sicherheit war ihm die ablehnende Haltung der Fakultät bewusst, sowohl in Anbetracht des Ablaufs seiner Einsetzung als auch generell wegen seiner ›fortschrittlichen‹ Position im Gegensatz zur ›reaktionären‹ Position der Fakultät Halle. Vielleicht hatte Bassarak einfach kein Interesse unter diesen Umständen zu arbeiten, womöglich fürchtete er sogar einen Boykott seiner Lehrveranstaltungen.[57] Der Fakultät war seine Abwesenheit lieber und gegen seine Professur konnte sie nicht

[53] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 383 u. Henrik Eberle: Gerhard Bassarak, in: Catalogus Professorum Halensis URL: http://www.catalogus-professorum-halensis.de/bassarakgerhard.html (letzter Zugriff: 16.09.2018 17:55).
[54] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 386f.
[55] Hier möchte ich mich noch einmal für die erhellende Auskunft von Eberhard Winkler bedanken, der Ende der 60er Jahre Dozent an der Theologischen Fakultät war und mir Bassaraks Fernbleiben bestätigen konnte. Vgl. Persönlicher Austausch mit Eberhard Winkler am 26.08.2018.
[56] Siehe Fußnote 55.
[57] Vgl. Obst: Kampf, S. 178.

viel unternehmen. Wollten die staatlichen Organe etwas ohne innere Widerstände durchsetzen, so waren die Fakultäten in der DDR machtlos.

1969 wurde Bassarak schließlich mitsamt seiner Professur von Halle nach Berlin berufen.[58] Er hatte Lehmanns Professur in eine für Ökumenische Theologie umgewandelt und sie wurde nach ihrer Versetzung nach Berlin vom MHF in Halle durch eine Dozentur für Ökumenische Theologie ersetzt. Obwohl er nie in Halle lehrte, blieb Professor Bassaraks Amtszeit also nicht ohne Folgen: sie stärkte die Ökumenik und die ›fortschrittliche‹ Theologie in Halle und sogar das MfS, denn der 1970 erneut gegen den Widerstand der Fakultät berufene neue Dozent war ebenfalls IM.[59] Selbst in dieser freieren Phase war die Fakultät Halle also keineswegs vor staatlichen Eingriffen sicher und im direkten Konflikt auch machtlos. Mit den 70ern begann dann auch eine weitere Phase erhöhter Repression und stärkerer Einflussnahme des MfS.[60]

6. Auslandsbeziehungen der Theologischen Fakultät Halle

Als ein nach außen abgeschotteter Raum lässt sich die DDR generell nur in Bezug auf das kapitalistische Ausland beschreiben, ins sozialistische Ausland gab es rege Beziehungen, so isoliert wie man sie sich heute oft vorstellt, war die DDR also nicht. Im Sinne des wissenschaftlichen Fortschritts war im universitären Bereich auch der Austausch mit dem kapitalistischen Ausland erlaubt. Er wurde allerdings staatlich kontrolliert. Im Bereich der Theologischen Fakultäten waren Auslandsbeziehungen besonders in den 50ern stark unterbunden und unterdrückt worden: Entscheidend vor allem die Zerschlagung des Gesamtdeutschen Fakultätentages, die häufige Beschlagnahmung von theologischen und anderen Schriften aus dem Ausland, sowie die direkte Einflussnahme des MHF, die auch in Halle vorkam.[61] Genannt sei zum Beispiel die Ablehnung der Promotion eines ghanaischen Musikwissenschaftlers im Bereich der Kirchenmusik, die aufgrund eines Aufenthalts in Westdeutschland abgelehnt wurde,[62] oder die Verhinderung einer Ehrendoktorwürde der Fakultät für einen indischen Bischof.[63]

Insgesamt genoss die Fakultät jedoch gerade ab der Mitte der 60er im Bereich der Auslandsbeziehungen große Freiheit. 1966 konnte z.B. Professor Lehmann ein Ehrendoktortitel des Colleges einer amerikanischen Kirche verliehen werden[64] und 1968, also auf dem Höhepunkt der Hochschulreform, wurde die Gastvorlesung eines Wiener Professors gestattet.[65] Auch der

[58] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 628.
[59] Vgl. ebd. S. 629-633.
[60] Vgl. ebd. S. 583-586.
[61] Vgl. ebd. S. 295-299 u. Obst: Kampf, S. 171.
[62] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1225, Brief des Rektorats an den Dekan vom 28.03.1962.
[63] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1225, Brief des Rektorats an den Dekan vom 31.07.1963.
[64] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1225, Brief des Rektors des College der Lutheran Church – Missouri Synod an den Dekan vom 06.07.1966.
[65] Vgl. UAHW, Rep. 7, Nr. 1224, Protokoll der Fakultätsratssitzung des 26.04.1968, Abschrift vom 15.05.1968.

Kontakt mit Westdeutschland blieb trotz der Aufhebung des Gesamtdeutschen Fakultätentages bestehen, es gab einen regelmäßigen Austausch in Form von Rundbriefen zwischen allen Theologischen Fakultäten und kirchlichen Hochschulen des deutschsprachigen Raums.[66] Es gab allerdings eine strenge Rechenschaftspflicht über die Auslandsbeziehungen. Über alle Besuche von Wissenschaftlern aus dem und alle Besuche im nichtsozialistischen Ausland oder auch den Erwerb von Schriften aus dem nichtsozialistischen Ausland musste ein Bericht beim SHF bzw. MHF eingereicht werden. Diese Berichte wurden in Halle zumeist rein aufs Fachliche begrenzt,[67] der zuständige Referent im MHF forderte darum auch mehr Ausführungen zu ideologischen Fragen ein.[68] Im Zuge der III. Hochschulreform wurde dann eine weitere Ebene der Kontrolle der Auslandsbeziehungen hinzugefügt und zugleich die Bindung an die staatliche Verwaltung verstärkt: Besuche westdeutscher Wissenschaftler mussten nun auch vom Rat der Stadt genehmigt werden.[69]

Ein Fragebogen suggeriert, dass es dem Referat für wissenschaftliche Auslandsbeziehungen nicht nur um Abwehr ideologisch abgelehnter Einflüsse ging, sondern auch um die Verbreitung der „Errungenschaften unserer Republik im Ausland."[70] Zumindest in Bezug auf die theologische Fakultät Halle spielte dieser Aspekt keine so große Rolle, was jedoch in Anbetracht der eher ›reaktionären‹ Position auch Sinn ergibt. Es ist tatsächlich auffällig, dass der Austausch mit dem kapitalistischen Ausland im Zeitraum 1963 bis 1969 einen sehr großen Teil des Universitätsarchiv-Bestandes zu Schriftwechseln mit auswärtigen Theologischen Fakultäten ausmacht.[71] Hier zeigt sich vermutlich ebenfalls Halles Charakter als ›reaktionäre‹ Fakultät, die an einer Anbindung an die ›fortschrittliche‹ Theologie des Staatssozialismus weniger Interesse zeigte als an der Aufrechterhaltung des Kontakts mit der ›westlichen‹ Theologie.

7. Fazit

Das Jahr 1968 war laut Dorothee Wierling kein wichtiger Erinnerungsort der Bürger der DDR. Es wurde im Nachhinein nicht als ein Moment der großen Veränderungen und Umschwünge wahrgenommen, am ehesten kann es als eine Fortsetzung der ›Disziplinierung von oben‹

[66] Vgl. z.B. UAHW, Rep. 27, Nr. 27 301, Brief des Rektors der kirchlichen Hochschule Berlin an die anderen deutschsprachigen Fakultäten und kirchlichen Hochschulen vom 15.07.1968.
[67] Vgl. z.B. UAHW, Rep. 27, Nr. 429, Brief von Prof. Dr. Gerhard Delling an den Referenten für wissenschaftliche Auslandsbeziehungen vom 13.10.1967.
[68] Vgl. UAHW, Rep. 27, Nr. 429, Brief des Referenten für wissenschaftliche Auslandsbeziehungen an Prof. Dr. Gerhard Delling vom 24.11.1966.
[69] UAHW, Rep. 27, Nr. 429 Einreiseformalitäten für Wissenschaftler aus Westdeutschland und Westberlin von Anfang Juli 1968, S. 2.
[70] UAHW, Rep. 27, Nr. 429, Fragebogen an Wissenschaftler der DDR.
[71] Vgl. UAHW, Rep. 27, Nr. 301.

beschrieben werden.[72] In dieses Urteil fügt sich auch die vorliegende Untersuchung der Fakultät Halle ein. Die ›Disziplinierung von oben‹ geschah, sie wurde in gewisser Weise sehr gut überstanden, aber sie etablierte sich zugleich als Teil des universitären Alltags. Es gab Widerstand gegen die staatlichen Eingriffe, zumindest vorläufig blieb die Fakultät sogar ein relativ freier Raum. Doch es gab keine offene Opposition mehr. Wie Detlev Pollack und Hedwig Richter betonen, lässt sich keinesfalls sagen, „die Protestanten hätten die Theologie in obrigkeitstreuer Tradition einmal mehr den neuen Verhältnissen angepasst."[73] Derlei Einschätzungen können wohl für die Theologie insgesamt, aber auch insbesondere für die ›reaktionäre‹ Fakultät Halle als falsifiziert angesehen werden.

Es gab keine gehorsam sich einfügende Anpassung, aber dennoch wurde der Umgang mit der staatlichen Kontrolle und Überwachung Alltag und die Repressionen wurden Normalität. Dass alle Sitzungsprotokolle des Fakultätsrats an das SHF bzw. MHF weitergeleitet werden mussten rief 1968 keinen Widerspruch mehr hervor.[74] Es gab in Halle zwar Widerstand gegen verschiedene politische Maßnahmen aber nicht gegen den Staat insgesamt und vor allem blieb der Widerstand auf die Erhaltung der Freiheiten der Fakultät selbst und ihrer StudentInnen beschränkt. Die öffentlich kontrollierende, widersprechende und hinterfragende Rolle, in der sich die Kirche in der zweiten Hälfte der 40er sah, war zumindest in den theologischen Fakultäten abgelegt worden. Widerspruch gegen die neue Verfassung und den Einmarsch in die Tschechoslowakei gab es '68 nur von einzelnen TheologInnen. Auf die trotz Hochschulreform relativ entspannte Fakultätspolitik der zweiten Hälfte der 60er Jahre folgte in den 70ern eine erneute Phase verstärkter Repressionen und erhöhten Einflusses des MfS auf die Politik gegenüber den theologischen Fakultäten.[75] Auch in Halle wuchs in den 70ern die Präsenz des MfS und der ›fortschrittlichen‹ Theologie,[76] und damit auch die staatliche Überwachung. Das Jahr 1968 brachte an der Fakultät Halle keine große Wende in die eine oder andere Richtung, es deutete jedoch das Ende der kurzen Verschnaufpause nach '65 an.

[72] Vgl. Wierling: Geboren, S. 314f.
[73] Pollack u. Richter: Theologie, S. 719.
[74] Vgl. UAHW, Rep. 27, Nr. 313, Notiz vom 05.04.1967.
[75] Vgl. Stengel: Fakultäten, S. 586.
[76] Vgl. den Endabschnitt von Kapitel 5.

8. Bibliographie

8.1. Primärquellen

UAHW, Rep. 7, Nr. 1224.

UAHW, Rep. 7, Nr. 1225.

UAHW, Rep. 7, Nr. 1247.

UAHW, Rep. 7, Nr. 1263.

UAHW, Rep. 7, Nr. 1265.

UAHW, Rep. 27, Nr. 301.

UAHW, Rep. 27, Nr. 309.

UAHW, Rep. 27, Nr. 313.

UAHW, Rep. 27, Nr. 429.

Persönlicher Austausch mit Eberhard Winkler am 26.08.2018

8.2. Sekundärliteratur

- Henrik Eberle: Gerhard Bassarak, in: Catalogus Professorum Halensis URL: http://www.catalogus-professorum-halensis.de/bassarakgerhard.html (letzter Zugriff: 16.09.2018 17:55).
- Rainer Eckert, Mechthild Günther u. Stefan Wolle: "Klassengegner gelungen einzudringen…". Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1993), S. 197-225.
- Ilko-Sascha Kowalczuk, „Wer sich nicht in Gefahr begibt …". Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition, in: Klaus Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 257-274.
- Matthias Middell: 1968 in der DDR. Das Beispiel der Hochschulreform, in: Etienne François u.a. (Hg.): 1968. Ein europäisches Jahr, Leipzig 1997, S. 125-146.
- Dietrich Mühlberg: Wann war 68 im Osten? Oder: Wer waren die 68er im Osten, in: Berliner Blätter 18 (1999), S. 44-58.
- Helmut Obst: Arno Lehmann und der Kampf um die Missionswissenschaft an Theologischen Fakultäten der DDR, in: Dieter Becker u. Andreas Feldtkeller (Hg.): Es begann in Halle… Missionswissenschaft von Gustav Warneck bis heute, Erlangen 1997, S. 168-178.

- Marc-Dietrich Ohse: „Keinen Dubček, keinen Ulbricht“. 1968 und die Jugend in der DDR, in: Angelika Ebbinghaus (Hg.), Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, S. 170-182.
- Peer Pasternack: Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster, in: Hg. DDR-bezogene Hochschulforschung? Ort 2016, S. 219-238.
- Detlef Pollack u. Hedwig Richter: Protestantische Theologie und Politik in der DDR, Historische Zeitschrift 294 (2012), S. 687-719.
- Friedemann Stengel: Entnazifizierung und Neuaufbau der Theologischen Fakultät Halle 1945-950, in: Rupierer, Hermann-J. (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502-2002, S. 529-558.
- Friedemann Stengel: Partizipation an der Macht. Zur Motivlage Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, in: ZThK 106 (2009), S. 407-433.
- Friedemann Stengel: Die Theologischen Fakultäten in der DDR. Als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71, Leipzig 1998.
- Christian Stephan: Die stumme Fakultät, Biographische Beiträge zur Geschichte der Theologischen Fakultät der Universität Halle, Dössel 2005.
- Dorothee Wierling: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002.
- Hartmut Zwahr, Rok šedesatý osmý: Das Jahr 1968. Zeitgenössische Texte und Kommentare, in: Etienne François u.a. (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 111-123.